



NOTRUF:

**Mehr von uns ist
besser für alle!**

Am 17.09. 2013 begann die dritte Runde der Tarifverhandlung an der Charité zur Personalmindestbesetzung, Gesundheitsschutz und Ausbildungsqualität.

➤ Schon eine Stunde vor Verhandlungsbeginn waren ca. 100 Menschen erschienen, um die ver.di-Tarifkommission bei der Verhandlung zu unterstützen: KollegInnen der Charité, UnterstützerInnen des Bündnisses „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“, die ver.di-Jugend, Auszubildende der Charité, VertreterInnen der jungen GEW, die über die Streiks der angestellten LehrerInnen sprachen, eine Delegation der ver.di-KollegInnen vom Einzelhandel, die aktuell selbst in einer Tarifaueinandersetzung ste-

➔ Fortsetzung auf Seite 2



Der Rentner-Chef

Prof. Einhäupl bleibt weiterhin bis zum weissen Alter von 71 Jahren Chef an der Charité.

Das entschied der Aufsichtsrat. Von Kontinuität einer verdienten Führungskraft ist die Rede, die die Charité durch schwierige Zeiten steuern soll. Wohl wissend, dass gleich irgendwelche Sonderregelungen vermutet werden, wurde sofort dementiert, dass es Vereinbarungen gäbe, wonach der Rentner-Chef nur drei Jahre arbeiten muss aber fünf bezahlt bekommen soll. Von den Mitarbeitern an der Charité dürften die meisten froh sein, wenn sie allein das gesetzliche Rentenalter erreichen. Die Belastungen sind durch Personalabbau ständig gestiegen. Halt! Ist hierfür nicht der Chef mit verantwortlich? Seine Verdienste liegen womöglich in der Belastung der Mitarbeiter? Böse Zungen würden jetzt einen Zusammenhang seines Vertrages mit den laufenden Tarifverhandlungen sehen. Das tun wir natürlich nicht.

**DIE REICHEN
SOLLEN
ZAHLEN!**



Tausende Menschen haben am 14. September in Berlin und Bochum unter dem Motto „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ gegen die Kürzungspolitik der Regierungen demonstriert. In Berlin unterstützten neben Wohlfahrtsverbänden, SPD, Grünen und Linken auch die Gewerkschaften ver.di und GEW sowie die DKP die Demo. Die zentrale Kundgebung fand in Bochum statt, wo sich insgesamt mehr als 12.000 Menschen an einem Sternmarsch beteiligten. Zeitgleich bildeten in Berlin Tausende eine „Umfairteilkette“ im Regierungsviertel. Ein kleiner Block mit Beschäftigten der Charité und von Vivantes war auch dabei. Gut ist, dass sich endlich auch in der Bundesrepublik Widerstand gegen die Kürzungspolitik der Regierung regt. Richtig ist auch, dass wir für die Pflege, die Kitas, den ÖPNV usw. dringend mehr Geld brauchen, das wir uns durch höhere Steuern bei den Reichen holen müssen. Bislang wurden alle Lasten auf die, die eh wenig haben, abgewälzt. Doch umfairteilen allein wird weder unsere Probleme noch die andauernde Krise lösen – denn das Problem ist grundsätzlicher: Wenige eignen sich das an, was viele erwirtschaftet haben. Um da etwas zu ändern, muss man also die Eigentumsfrage stellen. Gesundheitskonzernen z.B. müssen also nicht nur endlich mehr Steuern zahlen, sie gehören in die öffentliche Hand. Wenn wir ernsthaft etwas ändern wollen, muss der Widerstand stärker werden.

Neben den Betroffenen machten auch die zahlreichen VertreterInnen aus den anderen deutlich, dass es jetzt darum gehe, dass Gewerkschaften wieder Klassenkampf lernen müssen, wenn sie dem Generalangriff auf die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge wirkungsvoll entgegenzutreten wollen.

➔ *Fortsetzung von Seite 1*
cken, sowie die InitiatorInnen eines Aufrufs zu ärztlicher Solidarität mit der Tariffbewegung.

Mit Grußworten, Soli-Erklärungen, lautem Verlesen von Forderungen wie „Wir bleiben dabei 1:2 im Intensivbereich. 1:5 in der Normalpflege und keine Nacht allein!“ und Skandieren des Spruchs „Sparité das tut weh!“, den die Auszubildenden vor zwei Wochen bei ihrer erfolgreichen Protestaktion gegen die geplante Nicht-Übernahme von 32 Auszubildenden eingeführt hatten, wurde vielfache Solidarität mit der aktuellen gewerkschaftlichen Auseinandersetzung an der Charité gezeigt. Angesichts so reichlicher Unterstützung wurde die auf den Personalmangel

hinweisende Losung „Mehr von uns ist besser für euch“ mal umgewidmet: „Mehr von Euch ist besser für uns alle!“

Verzögerungstaktik der Charité-Arbeitgeber

Das Bündnis traf sich dann am nächsten Tag, um über das Ergebnis der Tarifverhandlung zu informieren. Angestrebt war gewesen, dass die Arbeitgeber ein Angebot zur Mindestbesetzung vorlegen sollten. Doch so wirklich wunderte es eigentlich niemanden, dass von diesem auch in der dritten Verhandlungsrunde nichts Entsprechendes kam. Die Charité-Arbeitgeber hatten einfach ihre „Hausaufgaben“ nicht gemacht, die Verzögerungstaktik war offensichtlich. Stefan Gummert, ver.di-Vertreter der Tarifkommission, stellte dar, warum letztendlich ver.di trotzdem ein Scheitern der Verhandlungen verhindert hat, dass es jetzt darauf ankäme, alle Kolleginnen und Kollegen „mitzunehmen“ und sich der Unterstützung des gesamten Gewerkschaftsapparates zu versichern. Zudem gelte es, in der Öffentlichkeit noch mehr den gesamtgesellschaftlichen „Leuchtturmcharakter“ dieser Tarifauseinandersetzung zu verankern. Dieser Einschätzung wurde letztlich in der Diskussion zugestimmt.

Klassenkampf lernen

Neben den Betroffenen machten auch die zahlreichen VertreterInnen aus den anderen – oben schon erwähnten – Bereichen deutlich, dass es jetzt darum gehe, dass Gewerkschaften wieder Klassenkampf lernen müssen, wenn sie dem Generalangriff auf die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge wirkungsvoll entgegenzutreten wollen. Die Zustände an der Charité zeigen bereits deutlich, dass ein Gesundheitswesen, das auf Profit ausgerichtet ist, nicht in der Lage ist, im Sinne Rudolf Vierchows eine umfassende Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Weitere Infos:

mehr-krankenhauspersonal.de



Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt

Tunia Erler über ihre Kandidatur für die DKP

➤ Dieser Wahlkampf war für mich eine Premiere. Ich habe zwar auch vor vier Jahren schon für meine Partei kandidiert, aber damals sind wir mit einer Landesliste angetreten – ich war eine von 20 Kandidatinnen und Kandidaten. Diesmal aber bin ich Direktkandidatin, noch dazu die einzige in Berlin. Ich habe mir das nicht ausgesucht, aber dadurch stehe ich mehr im Zentrum der Aufmerksamkeit, als ich das gewohnt bin.

Nein, das ist keine Beschwerde. Ich habe viele Erfahrungen gemacht, die ich nicht missen möchte. Zum Beispiel bei der Verteilung der letzten Ausgabe dieser Betriebszeitung. Wie immer habe ich natürlich auch bei dieser morgens die Zeitung vor einem der Eingänge der Charité verteilt. Die freundlichen Begrüßungen dort kenne ich schon und freue mich immer wieder darüber. Diesmal war es aber noch besonders, denn ich wurde von Kollegen angesprochen, die als Pförtner arbeiten. Ich sei ja „bürgernah“ hieß es, weil ich als Kandidatin selbst die Zeitung verteile, in der ich vorgestellt werde. Bürgernah? Ich bin doch Bürgerin! Wenn sich die Kandidaten der anderen Parteien zu fein sind, morgens früh Wahlkampf in eigener

Sache zu machen, zeigt mir das noch einmal, warum ich mich für die DKP engagiere und nicht für irgendeine dieser anderen, mit Steuergeldern hochgepöppelten Vereine.

Die Berufspolitiker dieser anderen Parteien halten sich für etwas völlig anderes als normale Bürger. Das habe ich gleich zu Beginn des Wahlkampfes erlebt, als ich zu einer Podiumsdiskussion der Kandidaten in Mitte zuerst ein- und dann wieder ausgeladen wurde. Teilgenommen habe ich natürlich trotzdem und mich aus dem Publikum zu Wort gemeldet. Der CDU-Kandidat Philipp Lengsfeld mokierte sich hinterher auf seiner Internetseite darüber, dass ich mich als Bürgerin beteiligt hätte, dabei sei ich doch „politische Konkurrentin“.

Natürlich bin ich seine politische Konkurrentin, seine politische Gegnerin – und zwar, weil ich Bürgerin dieses Landes bin und ausbaden muss, was die Herrschaften im Bundestag oder im Berliner Abgeordnetenhaus verzapfen. Von diesen Herren haben wir nichts zu erwarten – besser wird es nur, wenn wir uns selbst engagieren: Auf der Straße, im Betrieb – zum Beispiel im Krankenhaus – und überall sonst. Denn wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.



Personal- mangel bei der Bahn

Die Personalprobleme in einem Mainzer Stellwerk blamierten die DB AG wie kaum eines der vielen Probleme bei der Bahn der letzten Zeit.

Angeblich wäre es Krankheit von Mitarbeitern gewesen, die die Bahn unerwartet getroffen hätte. Aufmerksame Leser von gewerkschaftlichen Nachrichten konnten bei der Berliner EVG schon 2010(!) Folgendes lesen: „Im gesamten Bereich der DB-Netz AG herrscht ein akuter Fahrdienstleitersmangel. (...) Schuld daran ist die Geschäftsphilosophie der verantwortlichen Manager, welche ausschließlich auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist. Dies bedeutete, sparen beim Material und beim Personal. Inzwischen stehen viele Bereiche personell kurz vor dem Kollaps. (...) Die Anzahl der Überstunden bei den Fahrdienstleitern erreichen inzwischen biblische Dimensionen. Regelmäßig sollen die Mitarbeiter an ihren freien Tagen arbeiten kommen oder sogar auf ihren Urlaub verzichten.“ Die Eisenbahngewerkschaft hat die Situation genutzt, die Notbremse gezogen und eine Vereinbarung durchgesetzt, die die gesamte Personalplanung auf den Prüfstand stellt. Mehrleistungen, Ausfallschichten und Personalnot sollen in raschen Schritten bis Mitte Oktober mit konkreten Vereinbarungen verbessert werden. Der nächste Verhandlungstermin ist im November, dort sollen weitere strittige Themen verhandelt werden.



Sommerfest 2013 der DKP Berlin

Charité Thema einer
Diskussionsrunde

Hunderte Menschen feierten am 31. August das diesjährige Sommerfest der DKP gemeinsam mit den Berliner Kommunisten in der Jonasstraße, Neukölln.

An vielen Ständen stellten sich Initiativen aus der Antifa- und Friedensbewegung dar, Informationen gab es zu Venezuela, Kuba, Bolivien, zum Kampf der Kurdischen und Türkischen Widerstandsbewegungen. Mit mehreren VertreterInnen Berliner Initiativen gab es Diskussionsrunden. Ein wichtiges Thema des Sommerfestes war die Diskussionsrunde mit Stefan Gummert, ver.di Betriebsrat bei der Charité. Mit ihm diskutierte Rainer Perschewski, DKP-Landesvorsitzender und Betriebsrat bei der EVG, zu den Auseinandersetzungen um einen Tarifvertrag für mehr Krankenhauspersonal und bessere Arbeitsbedingungen an der Charité. Die Kommunisten erklärten ihre solidarische Unterstützung.



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

Vi.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

Rote Hilfe Spanien

Nicht barmherzige Mildtätigkeit, sondern Solidarität der Arbeiterklasse ist das Ziel eines neuen Netzwerks, das jetzt in Spanien zur Bekämpfung der Armut gegründet worden ist. Das „Red de Solidaridad Popular“ (Netzwerk der Volkssolidarität) beruft sich auf die Tradition der Internationalen Roten Hilfe.

✦ Auslöser für die neue Kampagne sind die dramatischen Zahlen, in denen sich die Folgen der Spanien durch die Troika aus EU, IWF und Europäischer Zentralbank mit tätiger Hilfe der Regierung und der beiden großen Parteien PP und PSOE aufgezwungenen Kürzungspolitik widerspiegeln.

„Diese Daten spiegeln die strukturelle Gewalt wider, die in den kapitalistischen Ländern durch Kürzungs- und Austeritätspolitik durchgesetzt wird“, erklärt Ismael González, der Sprecher des Netzwerks. Hauptziel des Netzwerks ist es, durch Selbstorganisation und Solidaritätsprogramme die von der staatlichen Politik aufgegebenen Bereiche aufzufangen. Dies soll durch Gemeinwirtschaft und Ausbildung der Arbeiter erreicht werden – der Sozialismus solle „eine Praxis der Gegenwart“ werden. Zunächst hat sich das Netzwerk dazu vier Achsen vorgenommen:

Erste Achse ist demnach die Lebensmittelsouveränität. Dazu sollen die Konsumenten außerhalb der Handelsketten organisiert und dadurch in die Lage versetzt werden, unbehandelte, ökologische Produkte ohne Zwischenhändler zu erwerben.

Zweiter Schwerpunkt ist die Gesundheitsversorgung, die durch die Kürzungspolitik der Regierung und die Verteuerung der Medikamente gefährdet ist. Dazu soll eine Medikamentenbank gegründet sowie medizinische Beratungsstellen geschaffen werden, die allen Bürgern offenstehen, die aus der öffentlichen Gesundheitsversorgung ausgeschlossen wurden.



Dritter Punkt dieses sich klar von unpolitischer Mildtätigkeit abgrenzenden Netzwerks ist ein Programm zur Verteidigung gegen die Repression, der immer mehr soziale AktivistInnen ausgesetzt sind. In diesem Rahmen soll mit Unterstützung der in PCE und IU organisierten RechtsanwältInnen die juristische Verteidigung der Betroffenen organisiert werden. Eine Solidaritätskasse und Informationskampagnen sollen außerdem dazu beitragen, die Kosten solcher Verfolgungsmaßnahmen zu schultern.

Vierter Punkt des Netzwerks ist die Unterstützung der Familien bei der schulischen Ausbildung ihrer Kinder. So sollen die Betroffenen in die Lage versetzt werden, Schulmaterialien und angemessene Bekleidung zu erwerben. Auch Unterstützung für das Schulessen soll geleistet werden, wo dies notwendig ist.

Regionale Strukturen hat das Netzwerk inzwischen in Madrid, Cartagena und Aragón geschaffen.

Weitere Infos:

reddesolidaridadpopular.org